

Riesfaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei
Tageblatt Riesa,
Fernerstr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Riesa befähigtes Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1330,
Eckelstr.
Riesa Nr. 52.

Nr. 157.

Sonnabend, 7. Juli 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 1 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 24 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; seitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezogener keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Panger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Das Handelsobjekt.

ou. Bekanntlich hat sich der polnische Außenminister Jaleski bemüht, die Rheinlandräumung als Druckmittel für das angestrebte Dr. Locarno zu verwenden. Er hat jedoch die Erfahrung machen müssen, daß man in Paris wenig Neigung besitzt, das schöne Kompensationsobjekt aus der Hand zu geben. Jedemfalls wurde man, so weit man bis dahin noch nicht im Klaren über die französischen Absichten war, durch diese Bemühungen Jaleskis und die Haltung Frankreichs darauf aufmerksam, wie wenig die Rheinlandräumung von Frankreich selbst als Sicherheit angesehen werde. Nunmehr befindet sich eine New Yorker Nachricht, der Hauptgrund für die französische Weiterbesetzung der Rheinlande sei der Wunsch, ein Handelsobjekt zu besitzen. Dabei ist es gar nicht notwendig, daß dieses Handelsobjekt nicht gerade mit Deutschland in Anwendung gelangt. Frankreich glaubt auch, seinen englischen und amerikanischen Gläubigern gegenüber zu gegebener Zeit mit der Rheinlandbesetzung kommen zu dürfen. Das heißt mit anderen Worten: Es will das Rheinland räumen, aber gegen bestimmte wirtschaftliche Vorteile. Schon einmal wurde ja von dieser Räumung gesprochen in Verbindung mit der Frankstabilisierung. Der Frank ist ohne Deutschlands Mittelschritte stabilisiert, deshalb redet man augenblicklich in Paris sehr wenig von der Rheinlandbesetzung, um später desto mehr durch ein Räumungsverprechen herauszuholen.

Der Reichstanzler Müller hat nun bei Besprechung der auswärtigen Politik als selbstverständliche Voraussetzung für die deutsche Außenpolitik auch unser Bestreben betont, möglichst schnell eine Räumung des Rheinlandes zu erlangen. Es ist nun interessant, wie die Auslandspresse auf diese Kanzleräußerung reagiert. Die englischen Blätter stellen fest, die Rheinlandfrage sei eine Angelegenheit, die Deutschland mit Frankreich allein abzumachen habe. Sie betonen dabei, englischer Wunsch sei es immer gewesen, die Rheinlande von der Besetzung möglichst bald zu befreien. Damit stimmt die englische Presse übrigens mit der englischen offiziellen Außenpolitik überein. Man verweist uns also nach Paris und verpricht lebhaft, stimmungsmäßige Unterstützung, während im Grunde genommen unsere Forderung ebenso gut an England zu gehen hat, das mit Frankreich als Gegenpartnern aufgetreten ist. Paris hat anscheinend von dieser Forderung des Reichstanzlers nichts gehört. In geschickter Weise geht man über die Rheinlandfrage hinweg, erörtert nicht mehr das Für und Wider, wagt jedenfalls heute nicht mehr mit dem alten Vadenbüter zu kommen, die Besetzung sei die Gewähr für die deutsche Ernährung. Um nun Frankreich geistiger zu machen, werden wir — und das liegt im Sinne unserer Außenpolitik — in der nächsten Zeit etwas deutlicher und nachdrücklicher auf die Räumungsverpflichtung hinzuweisen haben. Wir können selbstverständlich nicht auf die Gelegenheit warten, die Frankreich für gut hält, die Rheinlandräumung als Tauschobjekt anzubieten. Wir müssen im Gegenteil — und es ist bereits einmal geschehen — ausdrücklich auf unser gutes Recht zu der Forderung der Räumung hinweisen und jede Entschädigung ablehnen. Wir haben nicht nötig, da wir vertragliche Verpflichtungen erfüllt haben, den Gegner zu entschädigen, wenn er seine vertragliche Verpflichtung erfüllen soll.

Es ist außerordentlich interessant, daß man in der Außenpolitik wie selbstverständlich von dem Rheinland als Handelsobjekt spricht, und es muß einigermaßen überreichen, daß amerikanische Zeitungen keine schärferen Worte finden, um das seltsame Verhalten Frankreichs in dieser Angelegenheit abzuwehren.

Die Verhandlungen Sachsen — Thüringen.

Erklärung der thüringischen Regierung.

1) Weimar. Im Landtag von Thüringen gab der ersitzende Minister Dr. Reuther im Rahmen der Erörterung eine Erklärung zu der Frage der sächsisch-thüringischen Verwaltungsgemeinschaft ab. Bei den Verhandlungen habe es sich lediglich um Vorberörterungen über die Möglichkeiten einer Verwaltungsgemeinschaft gehandelt. Die dabei in Aussicht genommene Beratung beider Kabinette habe noch nicht stattgefunden. Deshalb könne man noch nicht bestimmte Abmachungen getroffen haben. Der Gedanke solcher Verträge sei schon in der Denkschrift der Regierung über Maßnahmen zur Vereinfachung der Verwaltung ausgesprochen worden. Auf der Väterkonferenz in Berlin sei das bisherige Vorgehen Thüringens als Anregung für alle Beteiligten aufgenommen und von Thüringen seien daraufhin die ersten Schritte zu weiteren Verhandlungen mit Sachsen angebahnt worden. Seiten die damit beauftragten Regierungsbeamten wesentlich weiter gegangen, als ihr Auftrag lautete, so könne das der Regierung selbst nicht zum Vorwurf gemacht werden. Am Ende habe ja auch der Landtag das letzte Wort in allem zu sprechen, was schließlich bei Fortführung der Verhandlungen herauskomme. Aber es sei immer wieder zu betonen, es könne sich nie um völlige Verschmelzungen, sondern nur um Gemeinschaften mit wahrung staatlicher Selbständigkeit handeln. Nicht politische Erwägungen, sondern die Finanzlage beider Länder sei der Anlaß gewesen. Auch wegen des Kredit von 20 Millionen von Sachsen habe es sich nur um unverbindliche Erörterungen gehandelt. Der Ersparnisderfolg werde sich erst übersehen lassen, wenn feststehe, welche Verwaltungsgemeinschaften zustande kommen. Das Verlangen nach dem Einheitsstaat werde durch solche Maßnahmen zweifellos nicht durchkreuzt.

Bandervelde fordert Rheinlandräumung.

Große politische Rede des belgischen Außenministers Dymans.

1) Brüssel, 6. Juli. In der belgischen Kammer hielt heute der Außenminister Dymans eine große politische Rede. Er sprach zunächst über die belgisch-holländischen Beziehungen und gab die Bereitwilligkeit zu Verhandlungen ohne die Aufgabe der geltend gemachten Ansprüche bekannt. Er wies besonders auf die Notwendigkeit hin, falls ein zweiseitiger Vertrag nicht zustande komme, die Frage international zu regeln. Dann sprach er über den Kellogg-Pakt. Was er dazu sagte, war ein Bekenntnis zum Friedensgedanken. Schließlich ging er auf Müllers Rede im Reichstag ein und äußerte, die Reparationsfragen seien in der letzten Zeit viel erörtert worden, seien aber nicht aus dem Stadium der Ermüßigungen herausgekommen. Ein diplomatischer Schritt sei nicht erfolgt. Gegenüber den Worten Müllers müsse er sich auf die besonderen belgischen Erwägungen zu der Reparationsfrage beschränken, die das Sicherheits- und Entschädigungsproblem betreffen. Die Belgien zusehenden Beträge seien auf der einen Seite durch den Dawes-Plan, auf der anderen Seite durch den Schuldenstillungsplan gegenüber den Vereinten Staaten festgelegt. Der dadurch sich ergebende Ueberschuß decke längst nicht die schweren Läden, die der Krieg Belgien auferlegt habe. Die müßten in jedem Fall gesichert bleiben. Alle Verluste, den Ueberschuß zu verringern, würden zurückgewiesen werden. Außerdem müsse die Warfschuld geregelt werden.

Nach Dymans hielt Bandervelde eine großangelegte Rede. Zunächst sprach er über Holland und Belgien und meinte, daß der gute Wille der holländischen Regierung bei einem Teil der Kammermehrheit nicht vorhanden sei. Gelänge es nicht, eine Uebereinstimmung zu erzielen, so würde es zu einer internationalen Regelung kommen müssen, die

er jedoch nicht wünsche. Der Kellogg-Pakt ändere eigentlich nichts an dem bestehenden Zustande, sei aber als eine neue förmliche Erklärung für den Frieden zu begrüßen. Dann ging Bandervelde auf die belgisch-deutschen Beziehungen ein und sagte unter anderem, man dürfe nicht vergessen, daß Belgien in einer privilegierten Stellung gegenüber Deutschland sei, weil es besonders hart unter dem Krieg gelitten habe. Belgien könne es nie vergessen, daß es durch die Besetzung, durch die Deportationen und die anderen Kriegshandlungen besonders schwer gelitten habe. Während seiner Amtszeit habe man von deutscher Inoffizieller Seite versucht, die Schuld Deutschlands zu befreien oder zu verringern. Er habe dagegen auftreten müssen. Die Wahlen hätten jetzt eine Regierung gebracht, zu der man Vertrauen haben könne. Deswegen könne man eine Seite bezüglich der Rheinlandräumung machen, die zwar die Verpflichtungen nicht berühre, aber das Pfand fallen lasse. Eine Räumung des Rheinlandes in der zweiten Phase schon zu Ende dieses Jahres würde eine erhebliche Seite sein, die Belgien nichts fahre, im Gegenteil nur Vorteile bringen würde. Die Rheinlandbesetzung bedeute eine Fortsetzung der Rüstungen in ganz Europa. Würde das Rheinland geräumt, so würde die Notwendigkeit der Rüstungen entfallen.

Bandervelde sprach noch über die deutschen Empfindungen bezüglich der Rheinlandbesetzung und auch über die in Belgien gegen Deutschland immer noch bestehende Mißstimmung. Er wies darauf hin, daß Brockdorff-Rausan seinerzeit in Versailles eine klare Erklärung über die deutsche Schuld am Kriege abgegeben habe. Diese Erklärung sei augenscheinlich in Deutschland in Vergessenheit geraten

Zur Bergung des Mobile-Rettlers Lundborg.

Noch immer keine Spur von der „Latham“ — Lage der Siglieri-Gruppe gebessert.

Wie von der Birgo-Bay gedrahtet wird, haben die beiden schwedischen Maschinen 255 und 257 ein kühnes Fliegerstück vollbracht. Trotz Nebels sind sie bis zum Lager der Lundborg-Gruppe geflogen und haben dort Proviant abgeworfen. Bei dieser Gelegenheit erbielte der Führer der Maschine 255 eine offene Wasserfläche und wagte sofort eine Landung, bei der er auch vom Wind begünstigt wurde. Lundborg wurde an Bord genommen und zur „Duck“ zurückgebracht. Das Wetter hat sich inzwischen gebessert und man hofft, die übrigen auf dem Eise Zurückgebliebenen in Sicherheit bringen zu können.

1) Stockholm. Wie das Marineministerium auf Anfrage mitteilt, wurde der Leutnant Schwberg, der Lundborg mit dem Flugzeug geleitet hat, in erster Linie von der Erwägung geleitet, daß Lundborg für die weitere Rettungsaktion der übrigen Schiffbrüchigen notwendig sei. Deswegen hat man zunächst an die Rettung Lundborgs gedacht, ehe die anderen Leute der „Italia“-Mannschaft in Betracht kommen. Hauptmann Lundborg, der sich gegenwärtig an Bord des schwedischen Expeditionsschiffes „Duck“ aufhält, hat seiner Frau telegraphiert, daß er sich wohlauf befindet. Bevor Lundborg von Leutnant Schwberg aufgenommen wurde, haben andere schwedische Flieger ebenfalls mit kleinen Apparaten die „Italia“-Gruppe mit Proviant versehen. Nachdem das geklärt war, wurde die Landung auf der Eisscholle beschlossen, worauf die Rettung Lundborgs durch Leutnant Schwberg erfolgte.

1) Oslo. Durch die Verlegung der Operationsbasis der großen schwedischen Rettungsaktion haben sich die Aussichten für die Befreiung der Mitglieder der Siglieri-Gruppe bedeutend gebessert. Die Deutschen, norwegischen und finnischen Flugzeuge können von hier aus planmäßig weite Gebiete abdecken, da sich der Aktionsradius wesentlich vergrößert hat. Auch für die Auffindung der verschollenen „Latham“ mit Amundsen und Gullstrand hat sich die Lage günstiger gestaltet. Die gestern abend abgebrochenen

Suchen nach Amundsen sind im Laufe des Tages wieder aufgenommen worden und werden mit Hochdruck fortgesetzt. Auch der russische Flieger Babuschkin ist neuerdings gestartet um nach Amundsen zu suchen, bisher jedoch ohne Erfolg.

Ein amtlicher Bericht über den Untergang der „Italia“

1) Rom. Amtlich wird ein von General Robile unterzeichneter Bericht über die Katastrophe der „Italia“ veröffentlicht, der im wesentlichen folgende Angaben enthält. U. a. wird mitgeteilt, daß der Absturz des Luftschiffes auf eine Verletzung der Ballonhülle zurückzuführen sei, wodurch das Gas ausströmen konnte. Durch den Verlust der Gondel nach dem Aufprall des Luftschiffes seien etwa zwei Tonnen an Gewicht verlorengegangen, so daß sich die ballastlose Hülle sofort wieder gehoben habe und rasch in den Wolken verschwunden sei. Nach Ansicht des Generals konnte sich die Hülle jedoch nur kurze Zeit in der Luft gehalten haben und dürfte kaum mehr als 20 bis 30 Kilometer abgetrieben worden sein. Einige Tage nach der Katastrophe habe der General von seinen Gefährten erfahren, daß einige Leute der Gruppe etwa 20 Minuten nach dem Absturz der „Italia“ dicke schwarze Rauchwolken bemerkt hätten. Man habe zuert angenommen, daß die Hülle in Flammen aufgegangen sei. Da die Rauchwolken jedoch wahrscheinlich von abgeworfenen Benzin- oder Oelkanfö herzurühren schienen, könne mit einem Niedergang der Hülle und dem Ueberleben der Gefährten gerechnet werden.

Spende Dr. Stresemanns für die Vesle-Kari-Expedition.

Oslo. (Funkspruch.) Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat als persönlichen Beitrag für die Vesle-Kari-Expedition zur Auffindung der „Latham“ dem Hilfskomitee der norwegischen Zeitungen 1000 Kronen geschenkt.

Um den Nationalfeiertag.

ou. Berlin. Ein Berliner Mittagsblatt bringt die Meldung, die Deutsche Volkspartei würde der Verabschiedung des Gesetzes über den Nationalfeiertag keine Schwierigkeiten bereiten, sondern sich der Stimme enthalten. Wie wir von befreundeter Seite hören, ist diese Nachricht vollkommen irreführend. Die Sache liegt doch so, daß die Deutsche Volkspartei absolut freie Hand hat, wie alle übrigen Parteien selbstverständlich auch. Die Deutsche Volkspartei wird zu dieser Vorlage Änderungsanträge einbringen, die darauf hinauslaufen, das Gesetz so zu gestalten, daß es die bisher am Verfassungstage beobachtete Praxis legalisiert, also allen, die feiern wollen, Gelegenheit dazu gibt. Sie ist aber nach wie vor dagegen, daß der 11. August zu einem Feiertag mit obligatorischer Arbeitsruhe gestaltet wird, da sie einmal auf dem Standpunkt steht, daß unsere wirtschaftliche Lage uns nicht erlaubt, noch einen Feiertag einzulegen, dann aber auch die Ansicht vertritt, daß ein solcher Zwangsfeiertag nicht dazu dient, die im Volk weitestgehend vorhandene Klut zu überbrücken, sondern

diese eher noch vertieft. Wenn wir recht unterrichtet sind, werden diese letzteren Bedenken auch vom Herrn Reichspräsidenten geteilt. Es ist also noch keineswegs sicher, ob die Volkspartei durch Stimmenthaltung die Annahme der Vorlage in der jetzigen Form ermöglichen wird.

Um den 1. Mai.

Berlin. (Funkspruch.) Die kommunistische Reichstagsfraktion hat, wie das Nachrichtenbüro des RPD, erfahren, einen Antrag eingebracht, der verlangt, daß der 1. Mai zum sozialen Feiertag erklärt werde. Der Antrag soll gemeinsam mit der Vorlage des Nationalfeiertages beraten werden.

Empfänge beim Reichspräsidenten.

Berlin. (Funkspruch.) Der Reichspräsident empfing heute vormittag den Reichsminister a. D. von Reubel und nahm den Vortrag des Reichstanzlers entcaen.